58. Jahrgang No. 109

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe
Sonntag, 6. März 1910

Erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.60 und vierteljährlich Mark 2.40. **Insertionspreis** für die Zeile 40 Pfennig. Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 4 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Teleph.: Amt I, Nr. 10131—10148. **Filialen:** Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1—6, Frankfurter Allee 61—62, Gr. Frankfurterstr. 81 u. 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27, Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 8, Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 52, Leipzigerstr. 108, Bülowstr. 69, Charlottenburg, Kantstr. 81, Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 69, Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129, Pankow, Bornholmerstr. 1, Rixdorf, Berlinerstr. 41, Schöneberg, Hauptstr. 155, Weissensee, König-Chaussee 61b, Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die fortschrittliche Volkspartei.

Von nun an gibt es in Deutschland zwei liberale Parteien weniger als bisher. Die „Freisinnige Vereinigung" und die „Süddeutsche Volkspartei" gehen in der „Freisinnigen Volkspartei" auf; alle drei verschmelzen sich miteinander. Die Grabgesänge der einzelnen Parteien sind zugleich erschollen als Hoffnungslieder, die in die Zukunft weisen. Es wiederholt sich in etwas veränderter Auflage ein Vorgang, der sich vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert an derselben Stelle, im Wintergarten in Berlin, abspielte, als die „Fusion" der Fortschrittler und der „Sezessionisten" zustande kam. Es geschah dies damals unter der ehrlichen Begeisterung aller Teilnehmer. Doch war der Traum einer großen liberalen Partei in einem Jahrzehnt gründlich ausgeträumt. Die Meinungsverschiedenheiten namentlich in der Militärfrage waren bei der „männlichen" und der „weiblichen" Linie der „Deutschfreisinnigen Partei" so groß, daß darüber die einst so hoch gefeierte Einigkeit zerfiel. Die Erinnerung daran war es wohl, die den Vorsitzenden des letzten volksparteilichen Parteitages gestern mittag bestimmte, von den Erfahrungen zu reden, die innerhalb der Freisinnigen Volkspartei einem neuen Vereinigungsgedanken gegenüber die größte Vorsicht erweckt hätten. Dennoch ist nunmehr die neue Verschmelzung zu einer vollendeten Tatsache geworden. Die alte Verbindung ist wiederhergestellt worden, diesmal unter Hinzutritt der süddeutschen Volkspartei.

Es ist müßig, an diesem Tage und in diesem Stadium die alte, oft aufgeworfene Frage nach der Zweckmäßigkeit dieser Verbindung von neuem aufzuwerfen. Genug, daß das Ereignis der Verschmelzung vorliegt. Mit diesem allein hat jetzt der praktische Politiker zu rechnen. Das Für und Wider ist lange genug erörtert worden. Die neue Partei ist da. Die „Fortschrittliche Volkspartei" tritt als solche auf den Plan. Sie hat die Geburtswehen überstanden, von denen die Fertigstellung eines neuen Programms begleitet war. Dieses neue Programm ist, wie dies in der Natur der Sache liegt, wenn drei Kontrahenten mit immerhin unterschiedlichen Anschauungen zu einer Einigung gelangen, ein Kompromißprogramm. Es wird deshalb darin mancher manches vermissen, was ihm an seinem früheren Spezialprogramm lieb und teuer war. Das Register der Forderungen, die man vom demokratischen Standpunkt aus an die Reform unseres Staatswesens stellen kann, ist nunmehr reicher als das Einigungsprogramm. Allein wir stehen nicht an, zu erklären, daß reichlich die ernste, energische, zähe Arbeit einer ganzen Generation dazu gehört, die liberalen Forderungen ihrer Erfüllung entgegenzuführen, die das Programm der „Fortschrittlichen Volkspartei" enthält. Es besteht kein Hindernis, das Programm in dieser Frist weiter auszubauen, es zu vervollständigen, wenn die politische Situation dies gebieterisch verlangt. Niemand wird leugnen, daß, wenn man auch nur zwei Drittel der Forderungen dieses Programms im Laufe eines Menschenalters im Deutschen Reiche und in Preußen verwirklicht sähe, das Reich und Preußen um ein gutes Stück den Zielen einer liberalen, auch einer demokratischen Politik näher gekommen wären. Wir wollen deshalb aufrichtig wünschen, daß die strenge und konsequente Befolgung dieses Programms den liberalen Einfluß auf die Geschicke unseres Vaterlandes mehren, stärken und vertiefen möge. Es ist dabei nicht ausgeschlossen, daß alle diejenigen, deren politische Forderungen über den Rahmen des Einigungsprogramms in demokratischem Sinne hinausgehen, ihre Anschauungen nach wie vor vertreten. Nur muß der Knorr den Knubben hübsch vertragen. Die preußisch-deutsche Reaktion verdankt ihre gemeinschädliche Vorherrschaft in erster Reihe der Zerklüftung ihrer Gegner. Daraus ergibt sich von selbst, daß die neue Partei eine Zukunft nur dann hat, wenn sie ihre neu gewonnene Geschlossenheit mit all' ihrer Kraft nach rechts wendet. Das erlegt ihr die Pflicht der Toleranz und Verträglichkeit nach links auf, damit nicht eine unnötige Verbitterung von dieser Seite dazu führt, daß die Stoßkraft der neuen Partei nach rechts abgeschwächt wird, weil sie sich unnötigerweise nach links hin zersplittert.

Diese Gedanken sind es, die wir der neuen Partei an ihrem Geburtstage zur Erwägung unterbreiten. Sofern sie in den von uns gekennzeichneten Richtlinien sich politisch betätigen und bewähren wird, wird sie uns in dem Kampfe um die Vertretung wirklich liberaler Grundsätze stets an ihrer Seite finden, unbeschadet darum, daß wir nach wie vor auch weitergreifende demokratische Forderungen vertreten und unterstützen werden. Schließlich haben alle liberalen und demokratischen Kreise Deutschlands und Preußens bei aller Schattierung ihrer Sonderforderungen das eine große Interesse, das eine hohe Ziel: die fortschritts- und kulturfeindliche Reaktion zu überwinden, die das öffentliche Leben in Deutschland vergiftet und das deutsche Volk mit den verwerflichsten Mitteln in seinen politischen, geistigen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in gemeingefährlichster Weise hemmt.

„Wahrlich übergenug."

In dem amtlichen Ukas, den wir im gestrigen Abendblatt veröffentlicht haben, wird eine Bevormundung der Bevölkerung versucht, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß. Es heißt dort wörtlich:

„. . . . Aber die Schuld hieran trägt ausschließlich die Sozialdemokratie und zwar dadurch, daß sie die politische Agitation, **welche in der Presse, Parlament und Saalversammlungen** sich **wahrlich übergenug** betätigen kann, unbedenklich auf die Straße und jetzt sogar in die öffentlichen Parkanlagen verpflanzt."

Mit Verlaub! Seit wann hat die Polizei zu bestimmen, wie weit eine politische Agitation gehen soll, und wann es mit einer Agitation „genug", ja sogar „übergenug" ist? Wer gibt irgendeiner staatlichen Behörde das Recht, sich in dieser Beziehung eine Zensur an der Willensbetätigung des mündigen Volkes anzumaßen? Die Grenzen und den Umfang einer politischen Agitation bestimmt das Volk selbst. Wenn einer Behörde heute die Agitation in Presse, Parlament und Saalversammlungen schon als „übergenug" betätigt erscheint, dann kann es morgen dieser oder einer anderen Behörde in den Sinn kommen, es seien nunmehr „übergenug" Saalversammlungen veranstaltet worden — und die Polizei verbietet die Saalversammlungen! Uebermorgen hat ihrer Meinung nach die Presse „übergenug" agitiert, und die Zeitungen werden verboten — mit demselben „Recht", mit dem Straßendemonstrationen verboten werden, die nach dem Kammergericht erlaubt sind! Endlich fehlt nach der „Uebergenug"-Theorie nur noch der Reichstag — und dann sind wir wieder bei dem „Leutnant und jeden Mann" angelangt!

Ob in der Wahlrechtsreformfrage gegen die Junkerherrschaft „übergenug" agitiert worden ist, darüber kann jeder Minister, jeder Polizeipräsident, jedermann seine Privatmeinung haben wie er will, so gut wie Millionen von Menschen der Meinung sind, daß die Agitation gegen die Wahlrechtskarikatur noch lange nicht stark und lebhaft genug ist; aber eine amtliche Zensur zu üben, durch einen amtlichen Ukas das Volk in seinem Recht auf Agitation zu bevormunden, das steht selbst in Preußen noch keiner Behörde zu. Wenn irgendwo von einem „Uebergenug" gesprochen werden kann, so ist es ganz allein die maßlose Bevormundungssucht der Behörden, auf die diese Bezeichnung paßt!

Die Bevölkerungsschichten, als deren Anwalt sich der gestrige Ukas aufspielt, haben den „Schutz", der ihnen durch die Sperrung des Treptower Parks zuteil werden soll, schlechterdings noch nicht verlangt. Es sind dies nur ein paar reaktionäre Schreier, die in der reaktionären Presse die Polizei auf das Volk zu hetzen suchen.

*

Auch die „Vossische Zeitung" bemängelt das verfehlte Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten, indem sie schreibt:

„. . . Noch weniger kann die Maßregel der Polizei, wie man auch über die Rechtsauffassung und ihre Begründung denkt, vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit als besonders glücklich bezeichnet werden. Der Park von Treptow ist etwas anderes als der Tuilerien. Wenn die Sozialdemokraten oder wer sonst das Bedürfnis haben, dort in ziemlicher Entfernung vom Mittelpunkt der Reichshauptstadt eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten, weshalb sollen sie es nicht tun? Nach § 7 Absatz 2 dürfen solche Veranstaltungen nur verboten werden, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist". Eine solche Gefahr aber war schwerlich zu besorgen, sei es von der Versammlung, sei es vom Wahlrechtsspaziergang. Der Polizeipräsident sagt sehr treffend, eine Behörde, die jede unnötige Einmischung in die persönlichen Angelegenheiten des Publikums zu vermeiden hat, werde eine kleinliche Anwendung der ihr durch das Gesetz erteilten Befugnisse unterlassen. Nur meinen wir, es wäre kein Schaden gewesen, wenn derselbe Grundsatz **auch auf die Kundgebungen, die für den Sonntag in Aussicht standen, Anwendung gefunden hätte.** Die Staatsautorität hätte **nicht im mindesten gelitten,** wenn die Versammlung genehmigt worden wäre oder die Polizei zu dem Spaziergang beide Augen zugedrückt hätte.

Die „Germania" kommentiert trotz ihrer sonstigen reaktionären Gesinnung das Verhalten der Polizei wie folgt:

Wo fängt bei einem „Spaziergang" die „Versammlung unter freiem Himmel" an und hört die „harmlose Veranstaltung" auf? Natürlich wird der „Spaziergang" nicht unterbleiben, und zahlreiche Leute werden zum Treptower Park gehen, schon aus Neugierde. Wann wird nun die Polizei von ihren „Befugnissen" zum Einschreiten Gebrauch machen, wann nicht? Wie viele Leute müssen zusammengehen oder -stehen, bis sie als eine „Versammlung" betrachtet werden? Einfach sperren kann man den Park doch nicht, also hängt alles von irgendeinem Zufall oder dem Gutdünken eines Polizeileutnants ab. Vielleicht geht alles gut, vielleicht gibt es Zusammenstöße. In zahlreichen anderen Städten sind Versammlungen unter freiem Himmel genehmigt worden. Wo sind die „berechtigten Gründe", die das in Berlin nicht gestatten? Den Sozialdemokraten ist jedenfalls mit dem Verbot des „Spaziergangs" ein größerer Gefallen erwiesen, als mit dem Geschehenlassen. Aus dem „Spaziergang" läßt sich kein Agitationskapital schlagen, aus dem Verbot aber desto mehr. Ohne Zweifel haben die Sozialdemokraten auch auf ein solches gehofft, und die Polizeibehörde, die ihnen entgegentreten wollte, hat ihnen lediglich einen erwünschten Gefallen getan.

Mit berechtigter Neugier sieht man in der Berliner Bevölkerung natürlich der Lösung der Frage entgegen, in welcher Weise nun eigentlich den harmlosen Spaziergängern „entgegengetreten" werden soll, die heute den Treptower Park aufsuchen werden. Daß harmlose Spaziergänger zu Hunderten mit dem Säbel niedergehauen, mit dem Maschinengewehr niedergeknallt werden sollen: Wird zu diesem Zweck der Treptower Park oder der Plänterwald in ein befestigtes Lager umgewandelt werden? Gestern haben wir die Pioniere noch nicht bei Schanzarbeiten gesehen. Mag sich die blutrünstige Phantasie der reaktionären Hetzer, die die Polizei oder die bewaffnete Macht in ein großes Blutvergießen hineinzupeitschen suchen, bereits an einer Wahlrechts-Bartholomäusnach gütlich tun — bis zur simplen Abschlachtung einer friedlichen Bevölkerung sind wir schwerlich schon gediehen. Es ist genug mit dem Unrecht der Wahlvorlage. Käme der Frevel des Blutvergießens noch hinzu, so würden wir aus der Reihe der Kulturnationen ausscheiden.

In Fährden und in Nöten
Zeigt erst ein Volk sich echt.
Drum soll man nie zertreten,
Sein altes, gutes Recht.

Der Kampf ums Wahlrecht.

Aus Kassel, 5. März, meldet ein Telegramm: Der Polizeipräsident hat die Genehmigung, die er der sozialdemokratischen Partei für die am Sonntag auf dem „Forst" zu veranstaltende Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel und für den anschließenden Demonstrationszug erteilt hatte, zurückgezogen.

*

Zwei Jahre Gefängnis.

Ueber einen Wahlkrawallprozeß in Frankfurt a. M. wird unter dem 5. März berichtet:

In der Nacht vom 17. zum 18. Februar gab, wie seinerzeit gemeldet, an der Konstablerwache ein Mann auf die dort postierten Schutzleute einen Revolverschuß ab. Dieser Revolverschütze stand jetzt vor der Strafkammer. Wie die Verhandlung ergab, wurde er von einem Schutzmann verfolgt, der ihm im Laufen einen Säbelhieb beibrachte. Der Verfolgte, der Packer Johann Bauer, eilte in das Haus Albusgasse 48 und gab hier einen Schuß auf den Schutzmann ab. Der Angeklagte gibt zu, daß er am fraglichen Abend einen Revolver zu sich gesteckt hatte; er habe um Mitternacht ruhig auf der Straße gestanden; plötzlich seien 20 Schutzleute auf ihn losgestürzt und hätten ihn durch Säbelhiebe verwundet. Da habe er seinen Revolver gezogen und zunächst in die Luft geschossen. Im Hause Albusgasse 48 habe er zum zweiten Male geschossen, weil ihn der Schutzmann mit seinem Säbel totzustechen drohte, und er gefürchtet habe, daß der Beamte seine Drohung wahr machen könnte. Der Polizeikommissar Walz hält die Schilderung des Angeklagten, daß er grundlos von Schutzleuten angegriffen worden sei, für ein Märchen. Der Staatsanwalt bemerkt hierzu, er werde den Nachweis führen, daß der Angeklagte, als er den ersten Schuß abgab, noch keinerlei Verletzungen erhalten hatte. Ein Hausmeister bekundet, er habe gesehen, wie der Angeklagte, als die Schutzmannspatrouille die Straße heraufkam, einen Revolver zog und einen Schuß abgab, ohne daß er vorher von den Schutzleuten angegriffen worden wäre. In demselben Sinne äußern sich die als Zeugen vernommenen Schutzleute. Bei der Verhaftung des Angeklagten fand man noch den Revolver mit drei scharfen Patronen geladen.

Der Angeklagte wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

*

Die Feststellung des Berichts über die Verhandlungen der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses findet nicht, wie zuerst beschlossen war, am Dienstag, sondern bereits am Montag statt. Wie wir hören, besteht die Absicht, die zweite Lesung der Vorlage im Plenum so schnell wie möglich vorzunehmen, und zwar soll der Bericht am Dienstag verteilt werden, der Donnerstag soll für die Beratung der Fraktionen sitzungsfrei bleiben, und am Freitag soll die zweite Lesung der Vorlage im Plenum beginnen.

Hohe Politik im Reichstage.

Bethmann Hollweg und England. — Zentrum und Tirpitz.

Nach der Kleinarbeit beim Etat des Reichsamts des Inneren, der gestern im Reichstage nach zwölftägiger Dauer mit einer Debatte über die Säuglingssterblichkeit, die Tuberkulosebekämpfung, die Internationale Kunstausstellung in Rom 1911, Kleinwohnungen für Arbeiter, die Waldschlächtereien um Berlin und das Hausbesitzerprivileg abgetan wurde, gab es zur allgemeinen Ueberraschung in der zweiten Hälfte der Sitzung noch einen Ausflug in das Gebiet der hohen und internationalen Politik beim Marineetat.

Hier mußte Herr v. Tirpitz auf den Anklagestuhl; er wußte, was ihm bevorstand: ein Frontalangriff des Zentrums. Die Abgeordneten fanden gestern morgen in ihren Mappen einen offenen Brief des Grafen Oppersdorf (Zentrum) an den Staatssekretär des Reichsmarineamts, in dem diesem schwere Vorwürfe über die Lieferungen, das heißt das Kruppmonopol beim deutschen Flottenbau, gemacht werden. Und hierauf folgte gestern nachmittag ein scharfer Angriff des Grafen Oppersdorf gegen den „unfreien Staatssekretär" und die Firma Krupp, die seit 1907 auf viele Jahre das Monopol der Panzerplattenlieferung hat. In der Sache wird jeder dem Zentrumsredner unbedingt Recht geben müssen, daß das ein für das Deutsche Reich und den deutschen Steuerzahler unerträglicher Zustand ist. Herr v. Tirpitz suchte sich zu rechtfertigen. Er erzählte von den Versuchen, die er unternommen habe, um mit anderen Firmen abzuschließen; das sei nicht gelungen, und so habe er wieder zu Krupp zurückkehren müssen.